

Dresdner Journal.



Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.

Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Zeltweise Nebenblätter: Landtagsbeilage, Synodalbeilage, Rechnungslisten der Verwaltung der R. S. Staatsschulden und der R. S. Land- und Landeskulturrentenbank-Verwaltung, Übersicht der Einnahmen und Ausgaben der Landes-Brandversicherungsanstalt, Übersichten des R. S. Statistischen Landesamts über Ein- und Rückzahlungen bei den Sparkassen, Grundfähliche Entscheidungen des R. S. Landesversicherungsamts, Verkaufsliste von Holzplantagen auf den R. S. Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der verantwortlichen Leitung: Hofrat Doenges in Dresden.

Nr. 236.

Mittwoch, 9. Oktober

1912.

Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Expedition, Große Zwingerstraße 16, sowie durch die deutschen Postanstalten 3 Mark vierteljährlich. Einzelne Nummern 10 Pf. Erscheint: Werktag nachmittags. — Fernsprecher: Expedition Nr. 1295, Redaktion Nr. 4574.

Ankündigungen: Die 1spaltige Grundzeile oder deren Raum im Anklündungsteile 30 Pf., die 2spaltige Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 75 Pf., unter dem Redaktionsstrich (Eingelant) 150 Pf. Preisermäßigung auf Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vorm. 11 Uhr.

Die Gesandten von Österreich-Ungarn und Rußland haben gestern in Sofia und Belgrad gemeinsam die zwischen den Großmächten vereinbarte Note überreicht. Bulgarien hat beschlossen, die Antwort auf diesen Schritt anzusehen.

Bei der französischen Regierung ist die amtliche Befähigung der Kriegserklärung Montenegro an die Türkei eingegangen.

In Mazedonien ist der Belagerungszustand erklärt worden.

In einem Speicher in Tambito in Mexiko erfolgte eine Explosion, bei der eine größere Anzahl Menschen getötet wurden. 22 Verletzte sind bisher geborgen.

Beim Einsturz eines Baugerüsts in Buenos Aires wurden 27 Arbeiter verletzt.

Amthlicher Teil.

Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den Oberlehrern Carl Viktor Franke, Friedrich Hermann Thielemann und Otto Oswald Wolf anlässlich ihres Abtritts in den Ruhestand das Verdienstkreuz zu verleihen.

Ernennungen, Versetzungen u. im öffentlichen Dienste.

Im Geschäftsbereich des Ministeriums der Finanzen, Straßen- und Wasserbau-Verwaltung. Versetzt: Pfeiffer, Aufwärtsschreiber beim Straßen- und Wasserbauamt Plauen, zum Straßen- und Wasserbauamt Pirna I. — Verstorben: Oberbaurat Ringel bei der Wasser-Baudirektion.

(Wechsliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Inseratenteil.)

Nichtamtlicher Teil.

Deutsches Reich.

Vom Kaiserlichen Hofe.

Königsberg i. Pr., 8. Oktober. Die Kaiserlichen Herrschaften sind kurz vor 1/2 Uhr im Hofzuge hier eingetroffen. Se. Majestät der Kaiser begab sich zur Kaserne des Grenadier-Regiments König Friedrich Wilhelm I. (2. Ostpreussisches), wo er das Frühstück im Kreise der Offiziere einnahm. Die Straßen tragen Flaggenschmuck. Auch die Schiffe im Hafen haben über die Toppen festgelegt. Um 3 Uhr 15 Min. traten Ihre Majestäten die Reise nach Coblenz an, wo sie um 6 Uhr 25 Min. eintrafen.

Parlamentarisches aus Bayern.

Die Mainkanalisierung in der Kammer der Abgeordneten.

München, 8. Oktober. In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten fand ein Nachtrag zum Budget für 1912/13 auf der Tagesordnung, für die Kanalisierung des Main von Hanau bis Aschaffenburg und die Errichtung einer Umschlagsanlage bei Weiber als erste Rate 3 Mill. M. zu bewilligen. Diese 3 Mill. sollen auf allgemeine Staatsanleihen abgenommen werden, die sich um den genannten Betrag auf 46 338 430 M. erhöhen. Gleichzeitig ist ein Antrag Dr. Casselmann (liberal) und Genossen eingegangen, die Regierung zu ersuchen, die Frage der Mainkanalisierung über Aschaffenburg hinaus auf das energischste zu fördern.

Abg. Häblich (liberal) verlangte, daß alle Zugeständnisse, die Preußen an Bayern jetzt gemacht habe, durch Gesetz festgelegt würden, damit Bayern keinen Schaden erleide für den Fall, daß Artikel 2 des Schiffahrtsabgabengesetzes nicht zur Durchführung komme. Sonst könnte Preußen Bayern ganz empfindlich schädigen dadurch, daß es auf dem Untermain Abgaben einführe, welche die Vorteile für den kanalisiertem Obermain vollkommen aufheben. Man solle auch die Kanalisierung bis Bamberg im Auge behalten,

für die auch Prinz Ludwig immer eingetreten sei. Abg. Hartmann (Deutscher Bauernbund) trat ebenfalls für eine baldige Weiterführung des Kanals über Aschaffenburg hinaus bis Bamberg ein. Abg. Osel (3.) begrüßte namens seiner Partei die Vorlage, betonte aber, weil der Verkehr auf der zu bauenden Strecke hauptsächlich Waren aus Preußen bringen und hauptsächlich den rheinischen Kohlenabfuhr fördern werde, müsse auch die Entwicklung des Ausfuhrhandels ins Auge gefaßt werden. Abg. Säckler (soz.) stimmte namens seiner Partei der Vorlage zu und erklärte ferner seine Zustimmung zu dem Antrage Casselmann auf Weiterführung der Kanalisierung über Aschaffenburg hinaus. Abg. Häberlein (lib.) begrüßte die Vorlage als den Anfang zu einer großzügigen Wasserstraßenpolitik, wodurch eine Erleichterung des Güterausstausches eintrete.

Minister Frhr. v. Soden gab der Hoffnung Ausdruck, daß beide Kammern des Landtages dem großen Werke, dessen Wirkungen erst voll eintreten würden, wenn auch die preussische Strecke von Offenbach bis Hanau kanalisiert sei, ihre Zustimmung gäben. Er glaube sicher, daß im preussischen Landtage dieser Teil der Kanalisierung die Zustimmung finde, und er hoffe, daß das Schiffahrtsabgabengesetz in Artikel 2 möglichst bald in Kraft trete. Bei der im Antrage Casselmann verlangten raschen Förderung der weiteren Kanalisierung handele es sich um die sehr wichtige Frage, die man aber heute noch nicht beantworten könne, wie weit schon jetzt Schritte in Aussicht zu nehmen seien, um den Wünschen der Weiterführung Rechnung zu tragen. Die Mainkanalisierung sei jedoch der erste Schritt, um weitere Pläne zur Ausführung zu bringen.

Die Nachtragsforderung wurde darauf bewilligt und der Antrag Casselmann angenommen.

* Die in Berlin am 8. Oktober ausgegebene Nr. 54 des Reichs-Gesetzblattes enthält: Bekanntmachung vom 27. September 1912, betreffend die Inkraftsetzung des am 4. Mai 1910 in Paris unterzeichneten Abkommens zur Bekämpfung der Verbreitung unzulässiger Veröffentlichungen in Island und den dänischen Antillen, sowie Bekanntmachung vom 27. September 1912, betreffend die dem Internationalen Übereinkommen über den Eisenbahnverkehr beigefügte Liste.

Koloniales.

Zum deutsch-französischen Afrikaabkommen.

Paris, 8. Oktober. Das „Amtsblatt“ wird morgen zwei Dekrete veröffentlichen, durch welche der Erklärung betreffend die Grenzfestsetzung zwischen Französisch-Kamerun, Afrika und Kamerun sowie der Erklärung betreffend die Grenzfestsetzung zwischen den französischen Besitzungen in Dahomey und Sudan und dem deutschen Logogebiet die Zustimmung erteilt wird. Beide Erklärungen sind am 28. September d. J. in Paris von Frankreich und Deutschland unterzeichnet worden.

Ausland.

Die Nachtragsmilitärkredite im österreichischen Ministerrat.

Wien, 8. Oktober. Heute Abend fand ein gemeinsamer Ministerrat statt, in dem die Nachtragsforderung des Kriegsministers, wie es heißt 250 Mill. Kronen für die Ausrüstung des Heeres, zur Beratung stand.

Die Verhandlungen der österreichischen Delegation.

Wien, 8. Oktober. Die Österreichische Delegation setzte die Verhandlungen über das Budget des Ministeriums des Äußeren fort. Der tschechische Sozialdemokrat Tuzar erklärte, die Schuld an der Balkanlage tragen die Großmächte, die ohne eine Berechtigung für die Erhaltung der Türkei mit ihrer Verwaltungsmiswirtschaft eintreten. Redner sprach sich unbedingt gegen jeden Krieg aus. Die Zukunft Österreichs liege innerhalb seiner Grenzen, nicht außerhalb derselben. Abg. Lecher erhoffte eine Entspannung von dem bevorstehenden Friedensschlusse zwischen Italien und der Türkei. Redner sprach sich gegen eine Intervention zugunsten der katholischen Albaner aus und warnte davor, das Vorgehen der Balkanstaaten als eine Art Kreuzzug aufzufassen. Die Politik der Monarchie dürfe sich nicht ausschließlich in den Dienst der slavischen Aspirationen stellen. Roman Czuj führte aus, man solle den Balkanvölkern den Balkan überlassen, ihnen solle die Erkenntnis beigebracht werden, daß sie in Österreich-Ungarn einen mächtigen aber uneigennütigen und zuverlässigen Freund besitzen. Frhr. Glanz v. Eicha erklärte, daß in dem bevorstehenden Besigwechsel in Tripolis ein Ereignis sich

vollziehe, das dem Fortschritte von Zivilisation und Kultur zuträglich sei. Kosac erklärte, Österreich-Ungarn hätte die Fehler der russischen Diplomatie benützen müssen, um den Emanzipationsprozeß der Balkanvölker unter dem Protektorat Österreich-Ungarns durchzuführen. Degasperi trat für eine liberale Behandlung der Italiener in Österreich ein, was eine Festigung des Bündnisverhältnisses herbeiführen werde. Remec beschwerte sich über die schlechte Behandlung der tschechischen Arbeiter in Preußen. Udrzal führte aus, die Hauptursache der gegenwärtigen kritischen Lage sei, daß die Balkanstaaten die unerträglichen Lasten des bewaffneten Friedens nicht länger aushalten könnten.

Die bösnischen Vortagen im Biererausschuß der ungarischen Delegation.

Wien, 8. Oktober. Der Biererausschuß der Ungarischen Delegation nahm die bösnischen Vortagen an. Finanzminister Ritter v. Bilinski erklärte im Laufe der Debatte: Seit der Annexion ist soviel für Bosnien geschehen und die Zugehörigkeit zur Dynastie der Monarchie ist so gekräftigt, daß wir mit Veruhigung in die Zukunft blicken können, weil uns in dem Lande nichts geschehen kann. Diese Sicherheit wird um so kräftiger werden, je mehr dieses Land gefördert und sein Reichum gesteigert wird.

Rückkehr Sjasonow.

Berlin, 8. Oktober. Der russische Minister des Äußeren, Sjasonow, ist heute Abend nach St. Petersburg abgereist.

Die Balkankrise.

Die Intervention der Großmächte.

Paris, 8. Oktober. Die „Agence Havas“ veröffentlicht den Text der Note, die heute den Balkanstaaten durch die Vertreter Rußlands und Österreichs überreicht worden ist. Die Regierungen von Rußland und Österreich erklären darin den Balkanstaaten 1. daß die Mächte jede Maßregel, die geeignet wäre, eine Störung des Friedens herbeizuführen, energisch mißbilligen, 2. daß sie gestützt auf den Artikel 23 des Berliner Vertrages die Verwirklichung der Reformen in der Verwaltung der europäischen Türkei im Interesse der Bevölkerungen in die Hand nehmen werden, wobei es sich versteht, daß die Reformen keine Verletzung der Oberhoheit des Sultans und der territorialen Integrität des ottomanischen Kaiserreiches mit sich bringen. Diese Erklärung behält übrigens den Mächten die Freiheit zu einer weiteren gemeinschaftlichen Prüfung der Reformfrage vor. 3. Sollte trotzdem der Krieg zwischen den Balkanstaaten und dem türkischen Reich ausbrechen, so werden die Mächte beim Ausgange des Kampfes keine Änderung des territorialen status quo der europäischen Türkei zulassen. Die Mächte werden bei der Pforte gemeinsame Schritte im Sinne der vorstehenden Erklärung unternehmen.

Eine weitere Note der „Agence Havas“ befragt: Nach einer neuen Prüfung teilte die großbritannische Regierung dem Ministerpräsidenten Poincaré mit, sie willige ein, daß der Schritt bei der Pforte gemeinsam durch die Boten der fünf Mächte geschehe. Die verschiedenen Regierungen seien alsbald verständigt worden.

Sofia, 8. Oktober. Die Gesandten von Österreich-Ungarn und Rußland haben heute mittag gemeinsam im Namen der Mächte den verabredeten Schritt unternommen. Hierauf trat der bulgarische Ministerrat zur Beratung über die Antwort zusammen.

Belgrad, 8. Oktober. Heute nachmittag erschienen der österreichisch-ungarische Gesandte v. Ugron und der russische Gesandte v. Hartwig als Mandatäre der Signatarmächte des Berliner Vertrages beim Ministerpräsidenten Pasitsch und unternahmen einen Schritt im Sinne der zwischen Poincaré und Sjasonow getroffenen Vereinbarung.

Sofia, 8. Oktober. Gegen 5 Uhr begann der Ministerrat, an dem auch der Sobranjepräsident Danew teilnahm, über die Antwort auf die heutige Mitteilung der Mächte zu beraten. Er fand nicht unter Vorbehalt des Königs statt. Der Ministerrat beschloß nach vierstündiger Verhandlung, die Antwort auf den Kollektivschritt der Mächte auszusagen, offenbar in der Absicht, sich zuerst mit den verbündeten Balkanstaaten zu verständigen.

Die Balkanfrage im englischen Oberhause.

London, 8. Oktober. Oberhaus. Lord Lansdowne fragte nach den letzten Nachrichten über die Balkankrise und ob die jetzt zur Erörterung stehenden Reformen auf den Art. 23 des Berliner Vertrages gegründet und in allgemeine Übereinstimmung gebracht werden sollten mit dem Reformplan, der als maßgebend für Ostrumelien be-